

B. Zeittafel der Europäischen Integration

Folie 7

Die Jahre 1997- 2000

1997	
16. – 17. Juni	Der Europäische Rat in Amsterdam erzielt ein Einvernehmen über den Entwurf des neuen Vertrages. Verschiedene Bestimmungen zur Gewährleistung eines reibungslosen Übergangs zur dritten Stufe der WWU werden gebilligt. Der Rat verabschiedet eine EntschlieÙung, in der sich die Mitgliedstaaten verpflichten, der Beschäftigung höchste Priorität einzuräumen.
2. Oktober	Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam durch die Außenminister der Mitgliedstaaten
20. – 21. Nov.	Europäischer Beschäftigungsgipfel
12. – 13. Dez.	Der Europäische Rat entscheidet über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien
1998	
27. Januar	In Brüssel tagt zum ersten Mal der Kooperationsrat EU- Russland
1. Mai	Der Rat, der in Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammenkommt, beschließt, dass außer Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland alle übrigen elf europäischen Staaten an der dritten Stufe der WWU teilnehmen werden. Erster Präsident der Europäischen Zentralbank wird Wim Duisenberg
1. Juni	Die EZB wird errichtet und nimmt ihre Tätigkeit auf
31. Dezember	Auf der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Union in Brüssel werden die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten endgültig fixiert
1999	
1. Januar	Offizieller Start der gemeinsamen europäischen Währung Euro
15. – 16. März	Der Abschlussbericht der Untersuchungskommission des Europäischen Parlaments bestätigt die Vorwürfe gegen die Europäische Kommission. Daraufhin tritt diese geschlossen zurück
24. – 25. März	Romano Prodi wird neue Kommissionspräsident
1. Mai	Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft
5. – 6. Juni	Der Europäische Rat in Köln wählt NATO- Generalsekretär Solana zum zukünftigen Hohen Repräsentanten der GASP der EU
10. – 13. Juni	Fünfte Direktwahl des Europäischen Parlaments
10. – 11. Dez.	Der Europäische Rat von Helsinki beschließt Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei zu eröffnen sowie die Türkei als beitrtrittswilliges Land anzuerkennen. Im Februar 2000 soll eine Regierungskonferenz zur Revision der Verträge in Nizza einberufen werden